

5 Antrag Nr.: 2

AntragstellerIn: Bundesleitung, Bundesausschuss

10

## Beitragserhöhung

15

### **EINLEITUNG:**

20 Schon auf der letzten Bundeskonferenz wurde eine Beitragserhöhung diskutiert. Zwar wurde der Antrag dazu letztendlich zurückgezogen, jedoch wurde ein Initiativantrag verabschiedet, der sich der Thematik widmet. In ihm ist festgehalten, dass sich die Bundeskonferenz 2010 erneut mit der Finanzlage des Bundesverbandes befasst.

25 Die Mitgliederversammlung als verantwortliches Gremium hat nach der letzten Bundeskonferenz nicht nur sofort gehandelt und erhebliche Einsparungen vorgenommen, um kurzfristig handlungsfähig zu bleiben. Sie hat auch viel Aufwand betrieben, um eine Finanzplanung aufzustellen, die auch mittelfristig das Fortbestehen des Bundesverbandes sichert. Um zu gewährleisten, dass die satzungsgemäßen Zwecke des Bundesstelle der KjG e. V. weiter erfüllt werden können, empfiehlt sie eine Beitragserhöhung um vier Euro.

30 Der Bundeskonferenz 2010 obliegt nun die Aufgabe, die Zahlen politisch zu bewerten, Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten abzuwägen und letztendlich eine Entscheidung zu treffen. Zu berücksichtigen sind dabei viele Faktoren, unter anderem die Frage danach, wie eine Beitragserhöhung vermittelt werden kann, ob Austritte zu erwarten sind und wenn ja in welchem Ausmaß. Auch was eine Beitragserhöhung für die einzelnen Diözesanverbände bedeutet, muss  
35 überdacht und berücksichtigt werden. Gemeinsam müssen wir finanzielle Erfordernisse, sowohl für den Bundesverband als auch für die Diözesanverbände, und verbandspolitische Konsequenzen ausbalancieren und eine gute Entscheidung für die KjG treffen.

40

### **BESCHLUSSTEXT:**

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

45 Um die Arbeit des Bundesverbandes auch für die Zukunft absichern, wird der Bundesebenenbeitrag, der pro Mitglied an den Bundesverband abgeführt wird, ab dem Jahr 2011 um vier Euro erhöht. Das bedeutet konkret:

	<b>Bisher</b>	<b>Erhöht</b>
Kinder	8,20 €	12,20 €
Jugendliche	9,50 €	13,50 €
Junge Erwachsene	9,50 €	13,50 €

50

5 Vom Bundesverband wird für die Diözesanverbände eine „Argumentationshilfe“ erstellt, die deutlich macht, was in den letzten Jahren auf Bundesebene gelaufen ist, warum eine Beitragserhöhung nötig ist und was zukünftig mit dem Geld geschehen wird. Sie enthält darüber hinaus einen allgemeinen Teil, warum es überhaupt einen Mitgliedsbeitrag geben muss und ein Teil davon für den Bundesverband gebraucht wird.

Eine neuerliche Überprüfung, ob die Beitragshöhe den Gegebenheiten angemessen ist, erfolgt spätestens 2013.

10

### **BEGRÜNDUNG:**

15 Die Mitgliederversammlung hat über die letzten Jahre immer das Ziel verfolgt, die Beiträge möglichst lange konstant zu halten. Dass eine Beibehaltung des Status Quo aber in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sein würde, ist an den Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung schon länger abzusehen. In den letzten Jahren konnte die Beitragserhöhung immer wieder um ein Jahr hinausgezögert werden. Immer wieder konnte der Zeitpunkt, zu dem die Rücklagen aufgebraucht sein werden, ein weiteres Jahr hinausgeschoben werden. Im letzten Jahr war das nicht mehr  
20 möglich und so wurde bereits 2009 ein Antrag auf Beitragserhöhung gestellt.

25 Mit erheblichen Einsparungen, großen inhaltlichen Einbußen und immensem Arbeitsaufwand war es uns möglich, die Finanzen des Bundesverbandes so zu gestalten, dass die Rücklagen zumindest bis zum nächstmöglichen Zeitpunkt einer Beitragserhöhung vorhalten – und das obwohl der nicht unerhebliche finanzielle Aufwand des Verbandsentwicklungsprozesses zusätzlich aufgebracht und die Finanzplanung für zwei größere Projekte (Generalversammlung und Laut-Stark!) dennoch gewährleistet werden musste.

30 Schon 2009 gab es mehrere zwingende Argumente für eine Beitragserhöhung. Seitdem zum letzten Mal eine Beitragserhöhung beschlossen wurde, ergibt sich allein eine kumulierte Inflationsrate von 23 %. Darüber hinaus wurde die Erhöhung des BDKJ-Beitrags, den die KjG wiederum an seinen Dachverband weiterleitet, nicht an die Diözesanverbände weitergegeben, sondern vom Bundesverband aufgefangen. Die 10%-ige Erhöhung gilt seit 2005 und wurde über diese Zeitspanne allein vom Bundesverband getragen. Mit den Großveranstaltungen UTOPIAjetzt! und  
35 **menschkomm!** sowie der ambitionierten Beteiligung am Weltjugendtag 2005 in Köln wurden außerdem absichtsvoll Rücklagen abgebaut, so dass der finanzielle Spielraum des Bundesverbandes in den letzten Jahren kleiner geworden ist. Des Weiteren sind die Zuschussmittel in den letzten Jahren gesunken. Die KjG empfängt von zwei Zuschussgebern regelmäßig Mittel. Bei beiden gab es in den Jahren seit der letzten Beitragserhöhung erhebliche Zuschussrückgänge. Kontinuierlich zurückgegangen sind über die Jahre auch die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen. Vergleicht man die Summe, die dem Bundesverband nach der letzten Beitragserhöhung zur Verfügung stand, mit der Summe, die er heute aus Zahlungen der Mitglieder erhält, ergibt sich eine deutliche Differenz. Während also die Kosten steigen, sinken die Einnahmen. Das Ungleichgewicht zwischen beiden wächst und trägt immer schneller unsere Rücklagen ab.  
45

50 Im letzten Jahr haben sich darüber hinaus weitere Entwicklungen ergeben, die die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung noch verstärken. Bei beiden Haupt-Zuschussgebern stehen weitere Mittelsenkungen an. Eine neuerliche Erhöhung der BDKJ-Beiträge um 10 % ist angekündigt, die letztendliche Entscheidung steht auf der Hauptversammlung 2011 an. Darüber hinaus müssen einige wegen der finanziellen Unsicherheiten von 2009 auf 2010 aufgeschobene Ausgaben, wie etwa die Anschaffung eines neuen Servers und die Einrichtung mobiler Zugänge für den Mailverkehr, nun dringend nachgeholt werden, um die Arbeitsfähigkeit der Bundesstelle zu gewährleisten.

55 All diese Entwicklungen, die sich über die letzten Jahre ergeben haben, hat der Bundesverband bisher bereitwillig aufgefangen und viel dafür getan, die Beiträge nicht zu erhöhen. Dies hat die

Mitgliederversammlung in ihrem Finanzbericht auch immer offen kommuniziert. Dass es immer wieder gelungen ist, die Beitragserhöhung aufzuschieben, darf aber nicht dazu verleiten, dies als Selbstverständlichkeit zu betrachten. Dahinter steckt viel Aufwand, der schon seit Jahren hinter den Kulissen betrieben wird, um die gute Arbeit des Bundesverbandes aufrechtzuerhalten. Zu nennen ist hier vor allem der erhebliche Mehraufwand für erfolgreiches Fundraising, durch das trotz der begrenzten personellen Kapazitäten in den letzten Jahren immer wieder beträchtliche Mittel vor allem für Projekte eingeworben werden konnten. Darüber hinaus wurden die Kosten durch diverse Veränderungen immer wieder gesenkt. Der Umzug ins Jugendhaus, durch den sich der Aufwand für die Infrastruktur der Bundesstelle erheblich reduziert hat, und die Umstellung auf den TVöD, der sich bei Neueinstellungen finanziell bemerkbar macht, sind hier die wichtigsten Faktoren. Auch einige Arbeitsstandards wurden zwecks Kostenreduzierung gesenkt. Dies betrifft etwa den Anspruch an Tagungshäuser. Gleichzeitig hat der Bundesverband für die Diözesanverbände zusätzliche Angebote eingeführt. Er trägt einen erheblichen Anteil der Anschaffungskosten sowie die kompletten Betriebskosten der MiDa und hat über die letzten Jahre einen immensen Arbeitsaufwand in ihre Einführung investiert. Mit dem Großkundenrabatt der deutschen Bahn stellt er auch den Diözesanverbänden ein attraktives Angebot zur Verfügung.

In jüngster Zeit wurden weitere Anstrengungen unternommen, um möglichst effizient und kostensparend zu arbeiten. Der Telefon- und Internetanbieter wurde gewechselt. Ein Tagungshauspool wurde eingerichtet, in dem günstige und dennoch verkehrsgünstige Häuser geführt werden, die nun bevorzugt gebucht werden. Die im Gesamtstellenplan vorgesehenen Stellen werden nicht automatisch wiederbesetzt. Langfristigere standardisierte Planungen für alle Tagungen sowie die Zusammenlegung mehrerer Tagungen an einem Ort verhindern Ausfallgebühren. Eine aufwendige sehr genaue Finanzplanung verhindert, dass der geplante Kostenrahmen überzogen wird, und ermöglicht eine realistische Kalkulation der erwartbaren Zuschüsse.

Mit all diesen Maßnahmen konnte bisher nicht nur die Arbeit des Bundesverbandes erhalten, sondern sogar ausgebaut werden – und das ohne die Mehrausgaben durch die deutliche Kostensteigerung in den letzten Jahren und die Beitragserhöhung des BDKJ sowie die Mindereinnahmen durch Mitgliederrückgang und Mittelkürzungen an die Mitglieder weitergeben zu müssen. Doch jetzt sind wir am Limit angekommen. Die Belastungen können nicht mehr allein vom Bundesverband getragen werden.

Sollte einer Beitragserhöhung nicht zugestimmt werden, müssten bereits 2010 schmerzhaft Konsequenzen gezogen werden. Das bereits jetzt reduzierte Programm des Bundesverbandes wäre dann nicht mehr möglich. Wir müssten uns schon im nächsten Jahr entscheiden, was neben der regulären Arbeit (Bundeskonzferenz, Bundesausschuss, Konferenzleitungen der Bundesfrauen- und Bundesmännerkonferenz, Diözesanverbandskontakte und Beteiligung im BDKJ) von der Liste der Aktivitäten gestrichen wird. Maß aller Dinge wären dann die Mittel, die uns noch zur Verfügung stehen, wenn die satzungsgemäße Arbeit erfüllt ist.

- Die Weiterführung des Verbandsentwicklungsprozesses wäre nur möglich – und auch das lediglich in sehr begrenztem Rahmen – wenn wir dafür nur ein Mindestmaß an Öffentlichkeitsarbeit (Newsletter und Aufrechterhaltung der Homepage) leisten und auf die bisher üblichen Vernetzungsangebote (ReferentInnen-Tagung und Geistertreffen) verzichten.
- Sollte der Verbandsentwicklungsprozess nicht weitergeführt werden, müssten dennoch die derzeitigen Aktivitäten reduziert werden. Sollte in der Öffentlichkeitsarbeit (neben Newsletter und Aufrechterhaltung der Homepage) das E-Paper eingeführt werden, vorausgesetzt dass das letztendliche Konzept die maßgeblichen Förderbedingungen erfüllt, könnten darüber hinaus lediglich die üblichen Vernetzungsangebote (ReferentInnen-Tagung und Geistertreffen) stattfinden.

In beiden Fällen wären keine großen Projekte durchführbar. Auch auf Publikationen (z. B. die geplante Arbeitshilfe der Jungen und Männer) und Veranstaltungen (z. B. jugendpolitisches Seminar) müssten wir verzichten. Die Treffen des Internationalen und des Satzungsausschusses sind ohnehin schon nicht mehr eingeplant.

5 Selbst zur Erhaltung dieses niedrigen Standards wären Personalkürzungen unumgänglich. Ob aber mit weniger Personal die Aufgaben, die das Personal der Bundesstelle in derzeitiger Besetzung regelmäßig an Grenzen stoßen lässt, noch bewältigbar sein werden, ist mehr als fraglich. Weniger Personal hieße also weniger Aktivitäten des Bundesverbandes und das wiederum hieße weniger Zuschüsse. Die dadurch wiederum geringeren Einnahmen würden neue Personalkürzungen nötig machen, die wiederum weniger Aktivitäten und damit weniger Zuschüsse nach sich zögen. So würde sich eine gefährliche Abwärtsspirale ergeben. Auch Personalkürzungen würden also keine solidere Finanzlage herbeiführen.

10 Da die mittelfristige Finanzentwicklung von vielen schwer kalkulierbaren Faktoren abhängig ist, muss auch nach einer Beitragserhöhung zu gegebener Zeit geprüft werden, ob eine neuerliche Anpassung nötig ist. Da unsere derzeitige Planung bis 2014 reicht und eine Beitragserhöhung in der Regel erst für das übernächste Kalenderjahr beschlossen werden kann, muss dies spätestens 2013 geschehen.

15 Wegen des zu befürchtenden Mitgliederrückgangs bei einer Beitragserhöhung halten wir eine einmalige Erhöhung für das sinnvollste Modell. Die Erfahrung der letzten Erhöhung zeigt, dass bei einer gestaffelten Erhöhung auch die zweite Anhebung des Beitrags einen beträchtlichen Mitgliederrückgang mit sich bringt. Um also den Verlust möglichst gering zu halten, ist eine deutliche einmalige Anhebung einer schrittweise Anpassung über mehrere Jahre vorzuziehen.

20 Die Argumentationshilfe zum Mitgliedsbeitrag soll die Diözesanverbände in der Kommunikation rund um die Beitragserhöhung unterstützen. Da alle Diözesanverbände vor derselben Aufgabe stehen, nämlich diese Erhöhung der Beiträge ihren Mitgliedern verständlich zu machen und sie von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen, halten wir es für sinnvoll, hier gemeinsam tätig zu werden, damit nicht alle das Rad neu erfinden müssen. Was genau diese Argumentationshilfe enthalten muss, ist deshalb ebenfalls gemeinsam zu beraten und zu beschließen. Auch welche Form angemessen ist, steht noch zur Debatte. Hier ist nicht nur eine nüchterne Zusammenstellung der Argumente möglich.

25 Nur mit einer Beitragserhöhung können wir die bundesverbandliche Arbeit mittelfristig finanziell absichern. So könnten sich die Kräfte auf Bundesebene endlich wieder der eigentlichen Arbeit und nicht vorrangig ihrer Finanzierung widmen. Und so könnten wir zuversichtlich auf die nächsten Jahre schauen und ambitioniert und engagiert Ideen für den Verband entwickeln und verwirklichen.

40

45

50

 Ja-Stimmen Nein-Stimmen Enthaltungen Sonstiges: